

Teurer Giftmüll an der Hauswand

Der Bundesrat hat die gerade erst verschärften Vorschriften bei der Entsorgung von Polystyrol-Dämmstoffen wieder gelockert

Margret Kiosz

KIEL Gas- und Heizölpreise steigen, und die Temperaturen sinken – kein Wunder, wenn sich Nordlichter jetzt fragen, ob die Dämmung ihres Hauses noch ausreicht. Doch wer zu dem Schluss kommt, die alten Styroporplatten aus den 80er Jahren herauszureißen und durch hochwertige Dämmstoffe zu ersetzen, sollte die Sanierung nicht auf die lange Bank schieben.

Seit dem 30. September 2016 müssen nämlich HBCD-haltige Abfälle (dazu gehören insbesondere Dämmmaterialien aus Polystyrol) eigentlich als gefährliche Abfälle behandelt werden. Weil die neue Regelung nicht nur Dachdecker und Baubetriebe, sondern auch etliche Hobbyhandwerker in Bedrängnis brachte, wurde am Freitag im Bundesrat eine Übergangsregelung getroffen. Demnach soll es für Abfälle, die das als gesundheitsgefährdenden Flammenschutzmittel Hexabromcyclododekan (HBCD/HBCDD) enthalten, eine auf ein Jahr befristete Ausnahmeregelung geben: Sie können damit wieder wie normaler Baumischabfall in der Müllverbrennung entsorgt werden.

Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck begrüßte diese Regelung: „Damit kann der Engpass in der Entsorgung vor allem im Norden Schleswig-Holsteins kurzfristig beseitigt werden.“ Zugleich werde mit der Befristung klar gemacht, wie umweltrelevant der Stoff ist, ergänzte der Minister.

Bis zum Schluss war in der Länderkammer unklar, ob die umstrittene Bestimmung für ein Jahr ausgesetzt wird. Vor al-

lem die Landesregierungen mit grüner Beteiligung hatten für eine strenge Gangart plädiert. Doch derzeit gibt es gar nicht genügend Anlagen, um die rund 40 000 Tonnen schadstoffbelasteter Dämmstoffe im Jahr wiederzuverwerten. So freuten sich zuletzt vor allem diejenigen Länder, deren Müllverbrennungsanlagen eine Genehmigung zur Verbrennung der bromhaltigen Dämmplatten haben. Davon gibt es aber nur etwa 20 bundesweit. In Schleswig-Holstein gehörte nur die Müllverbrennungsanlage Brunsbüttel zu den „Auserwählten“. Die Änderung muss nun noch von der Bundesregierung beschlossen werden.

Das Habeck-Ministerium hatte im November alle rechtlichen Gestaltungsspielräume genutzt, um einem drohenden Entsorgungsengpass entgegenzuwirken; „das führte aber zu keiner Entspannung auf dem Entsorgungsmarkt“, räumte das Ministerium jetzt ein. Auf den Baustellen stapeln sich alte Styroporplatten, weil die meisten Wertstoffhöfe keine Dämmstoffe mehr annahmen. Und wenn doch, mussten die Kunden tief in die Tasche greifen: Seit Oktober ist der Entsorgungspreis von 100 auf bis zu 6000 Euro pro Tonne Styropor geklettert – auf Dauer unbezahlbar für kleine und mittelständische Handwerksbetriebe. Daher votierte auch Habeck für die befristete Ausnahmeregelung – zum Ärger der Naturschutzverbände. Die hatten sich im Vorfeld der Abstimmung vehement dafür eingesetzt hatten, Styropordämmungen mit dem giftigen Flamm-

schutzmittel als gefährlichen Abfall zu behandeln. Vor allem der NABU: „Es wäre fahrlässig, nur aufgrund von kurzfristig höheren Entsorgungskosten die Regelungen aufzuweichen“, hatte NABU-Präsident Olaf Tschimpke gewarnt. HBCD reiche sich in Lebewesen an und könne sowohl die embryonale als auch die Säuglingsentwicklung stören. „Es verbreitet sich über weite Strecken und wurde auch in Fischen und Greifvögeln in arktischen Regionen nachgewiesen“, so der NABU. „Der Streit um die HBCD-Abfälle steht beispielhaft für unseren Umgang mit gefährlichen Stoffen. Erst wird großzügig zugelassen, dann über Jahre verbaut und produziert, und am Ende der Nutzungsdauer weiß niemand, wohin mit dem Gefahrenmüll.“ Die gesundheitlichen Folgen und gesellschaftlichen Kosten müssten dann nachfolgende Generationen tragen.

Ungeklärt ist bislang der Umgang mit brombelasteten Textilien. Denn während das als gefährlich eingestufte HBCD in Dämmstoffplatten nur in Konzentrationen zwischen knapp ein und drei Prozent vorkommt, sind es bei Textilien und Polstermöbeln bis zu 15 Prozent. In geringeren Konzentrationen wurde die Brom-Chemikalie auch in Computern, Fernsehern, Telefonen oder Kühlschränken verbaut.

„Der Engpass in der Entsorgung vor allem im Norden Schleswig-Holsteins kann kurzfristig beseitigt werden.“

Robert Habeck
Umweltminister